



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 168. Ratssitzung vom 11. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2025/391, Anträge 017. bis 019. und Postulat GR Nr. 2025/574

Gemeinsame Behandlung der Anträge 017. bis 020. (Postulat GR Nr. 2025/574)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Ivo Bieri (SP) begründet die Anträge der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5504/2025): In den nächsten drei Anträgen sprechen wir über eine wichtige Sparte der Zürcher Kulturszene: Kleinkunsthäuser. Diese leisten einen grossen Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Laienkunst und Förderung von jungen Kulturschaffenden sowie zu einer lebendigen Quartierkultur. Das Theater STOK und der Keller62 sind zwei Vertreter dieser Gattung, die es sehr lange gibt. Für etliche etablierte Theaterkompanien waren sie der Anfangsort. Beide Orte haben in der queeren Subkultur eine sehr wichtige Rolle gespielt. Wir sprechen heute über diese Einrichtungen, weil sie mit dem Rücken zur Wand stehen. Über Jahrzehnte haben sie Subventionsgelder der Stadt erhalten. Im Rahmen der ersten Vergaberunde der neuen Konzeptförderung Tanz und Theater konnten leider beide Kleinkunsttheater nicht mehr berücksichtigt werden, obwohl sie substanziell zur Kulturlandschaft von Zürich beitragen. Es geht mit diesen Anträgen nicht darum, den Juryentscheid der ersten Runde infrage zu stellen. Das liegt in der Vergangenheit. Trotzdem haben wir im Parlament bereits unmittelbar nach der ersten Weisung Handlungsbedarf gesehen und Vorstösse vorbereitet. Obwohl wir Abfederungsbeiträge gesprochen haben, hat sich nun die harte Wahrheit, mit der viele Kulturschaffende zu kämpfen haben, gezeigt: Insbesondere Kleinkunsthäuser haben mit sehr knappen Ressourcen zu kämpfen und es ist für sie sehr viel schwieriger, im Privatsektor strukturelle Unterstützung zu finden. Ohne eine solche Unterstützung ist das Überleben beider Bühnen nicht möglich. Sie werden auch keine Chance bekommen, sich bei einer zweiten Vergaberunde zu beweisen. Das wollen wir mit diesen drei Anträgen verhindern. Es war nicht das Ziel der neuen Konzeptförderung, eine ganze Theatergattung, die Kleinkunsttheater, von der Förderung auszuschliessen. Mit den eingestellten Beiträgen soll Überbrückungshilfe geleistet werden, damit die zwei Theater eine faire Chance haben, sich in der zweiten Vergaberunde nochmals zu bewerben. Ohne diese fallen sie aus dem System und werden für immer verschwinden. Die Liegenschaft, in der das Theater STOK beheimatet ist, gehört der Stadt, was die Sache vereinfacht. Mit einem Mieterlass können wir bereits viel bewirken. Das Gebäude vom Keller62 jedoch gehört der Universität. Der Kanton wäre durchaus gewillt, subsidiäre Förderbeiträge auszurichten,



aber nur, wenn die Gemeinde mitmacht. Die Stadtpräsidentin wird nachher sicher argumentieren, dass die rechtliche Grundlage für die Ausrichtung dieser Unterstützungsbeiträge fehle. Mit dem Begleitpostulat wollen wir Sie dazu ermuntern, diese Grundlage zu schaffen. Im Jahr 2026 tritt die neue Subventionsverfahrensordnung in Kraft. Damit bietet sich die Möglichkeit für eine gezielte, zeitlich begrenzte Unterstützung dieser Spielstätten. Nur so können wir das kulturelle Angebot in seiner Breite erhalten.

Johann Widmer (SVP): *Vor zwei Jahren hat der Stadtrat die Konzeptförderbeiträge für Tanz und Theater in einer Verordnung geregelt. Einige Kulturinstitutionen sind dabei leer ausgegangen. Bei einer neuen Ordnung ist das zu erwarten. Daher sieht die Minderheit nicht ein, warum von allen Kulturinstitutionen, die nichts erhalten haben, ausgerechnet diese zwei Theater eine Zuwendung erhalten sollen. Wir stimmen mit dem Stadtrat.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Ich äussere mich zum Antrag und zum Postulat. Auch bei diesem Postulat ist klar, dass seine Existenz wohl dem Wahlkampf geschuldet ist. Sie wissen genau, dass es rechtlich nicht möglich ist, diese beiden Theater ausserhalb des gültigen Fördersystems zu unterstützen. Das Anliegen wurde mit dem Postulat GR Nr. 2023/352 bereits geprüft. Herausgekommen ist, dass es nicht umgesetzt werden kann. Der Stadtrat hat mit dem Abfederungskredit für die beiden Theater sämtlichen rechtlichen Spielraum vollständig ausgeschöpft. Anschliessend hat der Gemeinderat das Postulat abgeschrieben. Die Rechtskonsultantin des Gemeinderats hat dazu im Rahmen der Beratung der sechsjährigen Konzeptförderbeiträge gegenüber der Sachkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) ausgeführt: «Weitere Finanzierungsmöglichkeiten sind nicht vorgesehen und können nicht frei geschaffen werden.» Ich erläutere den rechtlichen Hintergrund gerne nochmals. Im November 2020 sagten 68 Prozent der Stimmberechtigten klar Ja zum neuen Fördersystem Tanz und Theater. Ebenso klar war der Inhalt dieser Vorlage. Mit ihrer Zustimmung haben die Stimmberechtigten das bisherige Fördersystem durch ein neues ersetzt und einen Rahmenkredit dafür gesprochen. Eine Reaktivierung des alten Systems ist rechtlich ausgeschlossen. Eine Wiedereinführung von befristeten wiederkehrenden Beiträgen würde eine Umgehung des Entscheids der Stimmbevölkerung bedeuten. Die Stimmbevölkerung hat im November 2020 auch den einmaligen Abfederungskredit von 600 000 Franken bewilligt. Dieser war für Institutionen bestimmt, die bisher gefördert wurden, im neuen System aber keine Konzeptförderbeiträge mehr erhalten. Die Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Auszahlen der beantragten Beiträge, wie es hier verlangt wird, würde das neue Fördersystem im Kern verändern. Entsprechende Änderungen müssten der Stimmbevölkerung unterbreitet werden. Ausserdem hat der Gemeinderat gewünscht, dass das neue System nach zwei Förderperioden evaluiert wird. Wir haben immer gesagt, dass dann Korrekturen vorgenommen werden können. Ich gehe davon aus, dass es diese Korrekturen brauchen wird. Was wir eingeführt haben, ist ganz neu. Dass manche Probleme sich erst in der Praxis zeigen, ist völlig logisch. Bei einem positiven Ausgang die-*



ser Evaluation muss die Weiterführung des Systems wiederum dem Volk vorgelegt werden. Anträge wie dieser sind sympathisch. Zu guter Politik gehört aber nicht nur, sympathische Anträge zu formulieren. Ehrlichkeit und Klarheit sind wichtig. Auch wenn wir die Beiträge ins Budget aufnehmen, können wir sie nicht auszahlen. Die Rechtsgrundlage fehlt. Ich weiss, dass Ihnen das klar ist. Ich danke für die Ablehnung der Anträge.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): *Wir waren bei diesem Thema von Anfang an konsequent. Bereits im Jahr 2023 haben wir im Rahmen der Beratung der Konzeptförderung das Postulat GR Nr. 2023/352 von Urs Riklin (Grüne) und Roger Föhn (EVP) eingereicht. Das Ziel war, die beiden Häuser mit den Abfederungskredite zu sichern und ihre Weiterführung zu ermöglichen. Damals wollte die SP mit einer Textänderung den Einsatz von weiteren Mitteln aus unserem Postulat herausstreichen. Wir haben diese Abschwächung abgelehnt, weil uns die Bedeutung dieser Mittel bewusst war. Heute beantragt die SP genau solche Mittel. Es freut uns selbstverständlich, wenn sich die politischen Positionen weiterentwickeln und man schlauer wird. Aber es ist auch bemerkenswert, wie plötzlich sich vor den Wahlen die Meinungen ändern können. Entscheidend wird sein, das Engagement nach den Wahlen weiterzuführen. Wir Grünen unterstützen die Zusatzbeiträge und das Postulat. Wir hoffen, dass sich ein rechtlich korrekter Weg findet.*

Stefan Urech (SVP): *Ich danke der Stadtpräsidentin für ihre deutlichen Worte an die eigene Partei. Ich bin nur mit einem einzigen Punkt nicht einverstanden. Es handelt sich nicht um einen sympathischen Antrag. Er ist mir sehr unsympathisch. Als wir über die Einführung des neuen Vergabekonzepts diskutiert haben, waren Sie davon überzeugt, dass wir nicht über einzelne Theater sprechen, sondern das Gesamtbild auf der entsprechenden Flughöhe zu betrachten sei. Sie haben darauf beharrt, dass eine professionelle Jury über die Förderung entscheiden müsse. Meine Partei hat damals gewarnt, dass Sie beim ersten Anzeichen, dass ein Theater keine Unterstützung bekommt, einspringen und einen Hilfebeitrag sprechen werden. Das macht das neue Förderkonzept zur Farce. Wir wollten damals zusammen mit der GLP und AL durchsetzen, dass wir immerhin ein kleines Mitspracherecht behalten. Auch hier blieben Sie konsequent: Die Jury müsse im Alleingang bestimmen können. Nun fordern Sie mit einem Antrag, der uns 50 000 Franken kostet, das Gegenteil. Weil Sie gegen unseren Willen ein Konzept eingeführt haben und sich weigern, konsequent zu sein, muss ich einen Antrag ablehnen, der dem Theater STOK helfen würde, das ich mag und dessen Aufführungen ich gerne besuche.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir befinden uns in einer doofen Situation. Die GLP ist der neuen Konzeptförderung von Anfang an skeptisch begegnet. Die grosse Frage war für uns immer, ob ein Systemwechsel wirklich eine neue Dynamik und einen kulturpolitischen Mehrwert für die Tanz- und Theaterlandschaft bringt. Der Gemeinderat und später auch die Stimmbevölkerung haben diese Frage mit einem deutlichen Ja beantwortet. Nach der ersten Vergaberunde und das Aus dieser Kleintheater war die Eu-*



phorie schnell verfliegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Rückweisungsantrag der GLP erinnern. Diesem wollten Sie nicht zustimmen, obwohl er auch das Thema der Kleintheater behandelte. Umso irritierender ist es, dass Sie das akzeptierte neue Fördersystem mit Budgetanträgen unterlaufen wollen. Mit der neuen Konzeptförderung hat man sich bewusst dafür eingesetzt, dass eine unabhängige Jury die Qualität der Konzepte prüft und zuhänden des Stadtrats entscheidet. Auch wir finden den Wegfall der Kleintheater bedauernswert. Wir stellen uns auch ernsthaft die Frage, ob das Opfer, das die Kleintheater bringen mussten, tatsächlich den versprochenen frischen Wind in die zirkuserweiterte Theaterlandschaft gebracht hat. Trotzdem ist es aus unserer Sicht nicht richtig, den Juryentscheid auf diesem Weg rückgängig zu machen. Eine Jury entscheidet nicht aus politischer Opportunität, wegen Sympathien oder vor dem Hintergrund eines Wahlkampfes, sondern aufgrund der Qualität des Konzepts. Mit diesen Anträgen hebeln sie dieses Prinzip aus. Wir verstehen ehrlich gesagt nicht, wieso die neue Konzeptförderung überhaupt unterstützt wurde, wenn Sie den Kernmechanismus schon wieder kippen wollen. Wir lehnen beide Anträge zu den Betriebsbeiträgen und das Postulat ab. Da der Mieterlass nichts mit dem eingereichten Konzept zu tun hat, stimmen wir diesem Antrag zu.

Moritz Bögli (AL): Es kommt selten vor, aber ich muss der Stadtpräsidentin völlig recht geben. Es beschwerten sich alle über ein System, das sie wollten. Als wir die Tanz- und Theaterlandschaft behandelt haben, hat die Verwaltung klar gesagt, dass es zu einer Reduktion der Bühnen kommen wird. Die FDP war in dieser Hinsicht wenigstens ehrlich. Sie hat die Tanz- und Theaterlandschaft als Ganzes abgelehnt und in einer Medienmitteilung geschrieben, dass das Konzept gescheitert sei. Aber mit Ausnahme der SVP und der FDP haben sich alle Parteien dieses Rats bei der Schlussabstimmung und der Volksabstimmung für die Tanz- und Theaterlandschaft entschieden. Ich zitiere das damalige Votum von Maya Kägi Götz (SP), der heutigen Präsidentin der SK PRD/SSD: «Die SP ist der Auffassung, dass die Verordnung über die Eckpunkte des neuen Fördermodells insgesamt treffend und eine gute Leitplanke für eine verlässliche und transparente Konzeptförderung ist. Ein neues Modell benötigt Zeit, um sich auf seinem Weg in die Zukunft zu entwickeln.» Sie müssen sich entscheiden. Entweder reichen Sie eine Motion ein und fordern, das Prestigeprojekt der Stadtpräsidentin abzuschaffen und zum alten Modell zurückzukehren, oder Sie stehen zum damaligen Entscheid. Sie kannten die Konsequenzen genau. Wir lehnen alle Anträge und das Begleitpostulat ab.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir finden das eingeführte System der Tanz- und Theaterlandschaft tatsächlich falsch. Es belastet die kleinen Theater unnötig und lässt sie nicht kreativ werden. Viel will ich nicht mehr dazu sagen, da STP Corine Mauch uns fast fünf Minuten lang erklärt hat, weshalb die Anträge nicht gehen. Wählen Sie unseren bürgerlichen Kandidaten zum Stadtpräsidenten, dann werden solche Sachen wieder möglich.



5 / 7

S. 153	15 1510 3635 00 898	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Unternehmen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat				1 123 600 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL)
				50 000	1 173 600 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Sicherung des Weiterbetriebs des Theaters Keller62, damit weiterhin Kleintheater für nicht professionelle Gruppen sowie Einzelkünstler*innen zur Verfügung stehen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 018.

Wortmeldungen siehe Antrag 017.

S. -	15 1510 3636 00 410	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Theater Stok: Betriebsbeiträge	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Tanja Maag (AL)
				35 000	35 000 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)



6 / 7

Begründung: Sicherung des Weiterbetriebs, damit weiterhin Kleintheater für nicht professionelle Gruppen sowie Einzelkünstler*innen zur Verfügung stehen

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 019.

Wortmeldungen siehe Antrag 017.

S. -	15 1510 3636 00 411	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Theater Stok: Mietkosten				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
019.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
			65 000	65 000	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL)
		Begründung:	Sicherung des Weiterbetriebs, damit weiterhin Kleintheater für nicht professionelle Gruppen sowie Einzelkünstler*innen zur Verfügung stehen			

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



7 / 7

5567. 2025/574

Postulat von Ivo Bieri (SP) und Liv Mahrer (SP) vom 03.12.2025:

Übergangsweise Ausrichtung von Betriebsbeiträgen an Institutionen, die in der ersten Vergaberunde der 6-jährigen Konzeptförderbeiträge Tanz und Theater nicht berücksichtigt wurden

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5339/2025, Antrag Nr. 017.

Ivo Bieri (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5504/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 77 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat